

Gemeinsame Pressemitteilung

Seite 1 von 2

Berlin, 12. Juli 2007

Treffen von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt mit dem Präsidium des Deutschen Pflegerates (DPR)

Die Bundesministerin für Gesundheit **Ulla Schmidt** traf sich am 10. Juni mit dem Präsidium des Deutschen Pflegerates (DPR), um gemeinsam die Erwartungen der etwa 1,2 Mio. Pflegefachkräfte auszuloten, die sich aus dem GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz (GKV-WSG), dem aktuellen Gutachten des Sachverständigenrates und den Beschlüssen der Gesundheitsministerkonferenz ergeben. Der DPR war bei dem Gespräch durch die Präsidentin **Marie-Luise Müller**, den Vizepräsident **Franz Wagner** und das Präsidiumsmitglied **Rolf Heine** vertreten.

Bundesgesundheitsministerin **Ulla Schmidt** erklärte: „Die Pflegekräfte haben wichtige Aufgaben in der Gesundheitsversorgung. Ich teile die Auffassung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen, der sich für eine Stärkung der Kompetenzen und Eigenverantwortung der Pflegekräfte in der gesundheitlichen Versorgung und Betreuung von Menschen mit Hilfebedarf ausgesprochen hat.“

Die Präsidentin des DPR **Marie-Luise Müller** erklärte: „Ich begrüße ausdrücklich die Vorstöße der Ministerin im GKV-WSG zur Palliativversorgung, zur ressortübergreifenden Weiterentwicklung der Qualitätssicherung und Transparenz im Leitungsgeschehen im deutschen Gesundheitswesen. Den eingeschlagenen Weg hin zu einem besseren Schnittstellenmanagement zwischen häuslicher und stationärer Krankenpflege und zum Ausbau der Integrierten Versorgung unter Einbeziehung der Pflege halte ich ebenfalls für richtig. Das Gleiche gilt für den Anspruch auf geriatrische Rehabilitation. Wir werden uns weiter für einen Perspektivwechsel im deut-

schen Gesundheitswesen einsetzen. Die Arztorientierung und damit einhergehende Strukturhoheit der Ärzte auf allen Gebieten des Versorgungssystems ist nicht geeignet, um die neuen Herausforderungen im Gesundheitswesen zu bewältigen.“

Die Vertreter des DPR unterbreiteten der Ministerin Vorschläge, wie die Eigenverantwortung für Aufgaben und Tätigkeiten der Pflegekräfte gestärkt werden könnte. Dazu könnten nach Auffassung des DPR beispielsweise Verordnungsleistungen für pflegerische Hilfsmittel, Wundmanagement, pflegediagnostische Leistungen und Beratungsmodule im Bereich der Prävention durch präventive Hausbesuche gehören. Das Bundesministerium für Gesundheit plant, diese Diskussion weiterzuführen.

Der Deutsche Pflegerat e.V. (DPR) – Kurzporträt

Der Deutsche Pflegerat e.V. wurde 1998 gegründet, um die Positionen der Pflegeorganisationen einheitlich darzustellen und deren politische Arbeit zu koordinieren. Darüber hinaus fördert der Zusammenschluss aus zwölf Verbänden die berufliche Selbstverwaltung. Seit 2003 handelt der Deutsche Pflegerat e.V. als eingetragener, gemeinnütziger Verein. Als Bundesarbeitsgemeinschaft des Pflege- und Hebammenwesens und Partner der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen vertritt der Deutsche Pflegerat heute die insgesamt 1,2 Millionen Beschäftigten der Pflege. Über die berufliche Interessensvertretung hinaus ist der Einsatz für eine nachhaltige, qualitätsorientierte Versorgung der Bevölkerung oberstes Anliegen des Deutschen Pflegerates. **Präsidentin Marie-Luise Müller**

Pressekontakt

Bundesministerium für Gesundheit
Friedrichstraße 108, 10117 Berlin
Postanschrift: 1055 Berlin
Tel: +49 (0)30 18441-2225
Mail: pressestelle@bmg.bund.de
www.bmg.bund.de

Pressekontakt

Sabine Girts, Deutscher Pflegerat e.V. (DPR)
Salzufer 6
10587 Berlin
Tel.: 030 219 15 757
Mail: info@deutscher-pflegerat.de,
Web: www.deutscher-pflegerat.de